

Die vierte Taiwankrise und die neue Normalität in der Taiwanstraße

Susanne Weigelin-Schwiedrzik

Nr. 13/2022

Darum geht's

Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon bald 7 Monate an, und der Schreck, der uns ergriff, als plötzlich ein Krieg in der Mitte Europas entflammte, ist noch nicht einer neuen Normalität mit täglichen Kriegsnachrichten gewichen. Dass am anderen Ende der Welt etwas ähnliches passieren könnte, ist uns auf einen Schlag klar geworden, als Nancy Pelosi an der Spitze einer Delegation des US-amerikanischen Senats am 2. August 2022 Taiwan besuchte. Im Nachhinein wissen wir, dass Joe Biden angeblich von diesem Besuch unter Berufung auf seine Militärs abgeraten hat und dass Biden und Xi Jinping am 28. Juli 2022 im Rahmen ihres Telefongesprächs auch darüber gesprochen haben. Obwohl Xi Jinping damals, wie die Medien berichteten, gedroht haben soll, dass, wer das Feuer entfacht, in diesem umkommen werde, hat das in Europa kaum jemanden interessiert. Erst die als Blockade angelegte „militärische Übung“ aller Teile der sogenannten Volksbefreiungsarmee hat auch Europa deutlich gemacht: Die USA kämpfen nicht nur in Europa, sondern auch in Ostasien um ihre Vormachtstellung und scheuen offenbar nicht davor zurück, diesen Kampf an beiden Fronten gleichzeitig zu führen. Auch wenn Nancy Pelosi ihren Besuch der Verteidigung der Demokratie auf Taiwan widmete und in ihren öffentlichen Bekundungen vor Ort sich als Heldin im Kampf gegen den Autoritarismus in der VR China stilisierte, galt der Besuch der Absteckung geopolitischer Positionen und der Herausforderung nicht nur des Gegners vor Ort – der VR China. Er nahm auch die Freunde und

Alliierten im Indo-Pazifischen Raum und in Europa ins Visier und forderte deren Loyalität ein. Hatte Bidens kürzlicher Besuch in der Region zeitweilig Spekulationen darüber ausgelöst, dass er plane, die NATO nach Ostasien auszuweiten, hat Nancy Pelosis Besuch in Taiwan gezeigt, dass die Strategen im Weißen Haus in der Tat das Risiko nicht scheuen, Konflikte mit beiden Herausforderern und Rivalen – Russland und die VR China – gleichzeitig auf sich zu nehmen. Aus europäischer Sicht ist dies das wichtigste Signal, das von der 4. Taiwankrise an die Welt ausgesendet wird. Ostasien hat das von langer Hand vorbereitete Manöver der VBA deutlich gemacht, dass China nur auf eine Gelegenheit wartet, der Welt zu zeigen, dass es die Region dominiert und alle Mittel in der Hand hat, die Eskalation so weit zu treiben, wie die KPCh es für angemessen hält. Die neue Normalität in der Taiwanstraße wird von niemand anderem als vom Politbüro der KPCh definiert. Taiwan wird mit dieser neuen Normalität leben lernen, so wie es seit Jahrzehnten mit Ambiguität und Risiko zu leben gelernt hat, aber die neue Normalität ist viel bedrohlicher als die alte. Im Austausch dafür gewinnt die Insel endlich die Aufmerksamkeit, die sie schon längst hätte erhalten sollen.

Die Faktenlage

Der Besuch Nancy Pelosis wird gerne als völlig normaler Vorgang bezeichnet, doch hat er die 4. Taiwankrise eingeleitet, welche die Welt auch nach Beendigung der Militärübungen seitens der VR China am 10. August 2022 beschäftigen wird. Die 3. Taiwankrise wurde

durch einen ähnlichen, wenn auch in anderer Richtung erfolgenden, Besuch im Jahr 1995 ausgelöst. Die US-Regierung erteilte dem damaligen Präsidentschaftskandidaten Lee Teng-hui auf Aufforderung durch Congress und Senat das Visum zum Besuch der USA, um einer Einladung der Cornell Universität, an der er studiert hatte, nachzukommen. Die VR China reagierte darauf mit dem Vorwurf, es handle sich um den Bruch einer inoffiziellen Vereinbarung, wonach keine Besuche offizieller Vertreter Taiwans in den USA und andersherum stattfinden sollten. Die Taiwan vorgelagerten Inseln wurden mit Raketen beschossen und ein Manöver durchgeführt, das die amphibische Einnahme Taiwans simulierte. Die amerikanische Seite reagierte mit einem Militäreinsatz, der seit Ende des Vietnamkrieges nicht mehr in dem Umfange stattgefunden hatte und sich bis in das Jahr der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1996 zog. Obwohl man in Peking gehofft hatte, eine derartige Zuspitzung der Lage an der Taiwanstraße würde die Wähler auf Taiwan davon abhalten, Lee Teng-hui zum Präsidenten zu wählen, wurde Lee mit einer beachtlichen Mehrheit gewählt und der erste Präsident, der auf Taiwan geboren wurde. Die Krise dauerte bis ins Jahr 1996 an. Jahre später stellte sich heraus, dass führende Militärs der VR China der taiwanesischen Seite mitgeteilt hatten, dass die abgeschossenen Raketen keine scharfe Munition trugen. Sie haben für diesen „Verrat“ mit dem Leben bezahlt.

Dass die erste und zweite Taiwankrise nicht dazu geführt haben, dass die VR China sich Taiwan einverleiben konnte, hat nach heutigen Erkenntnissen viel mit der Haltung der Sowjetunion zu tun. Als die Krise im September 1954 ausbrach, war der Einsatz der VR China im Koreakrieg erst gerade ein Jahr vorüber und die SU war seit Stalins Tod in einer Situation, da Chruschtschow seine Führungsposition in der KPdSU noch behaupten musste. Die VR China wusste um das Risiko einer militärischen Einnahme Taiwans und bat die SU 1954 und auch 1958, während der zweiten Taiwankrise, um Unterstützung. In beiden Fällen lehnte diese ab, im zweiten Fall, wie wir heute wissen, hat das sehr wahrscheinlich den Einsatz einer

Atombombe durch die USA gegen die VR China verhindert.

Dass wir jetzt von einer 4. Taiwankrise sprechen, liegt daran, dass Nancy Pelosi zwar wieder nach Washington zurückgekehrt ist, ohne dass, wie viele Netizens in China erhofft hätten, ihr Flugzeug von der VR China abgeschossen worden wäre, die Lage sich aber nicht entspannt hat, obwohl die so genannten „Militärübungen“ der VBA für beendet erklärt wurden. Vielmehr müssen wir mit einer Krise als neue Normalität rechnen. Dabei hat die VR China erklärt – und das ist ihre Sicht auf die neue Normalität – , jederzeit militärische Manöver im Umkreis der Insel durchführen zu wollen und nicht davor zurückzuscheuen, der Insel wieder so nahe zu kommen, wie die VBA dies während der jüngsten Militärübungen vorgeführt hat. Auf amerikanischer Seite hält man sich vorerst militärisch noch bedeckt, doch gilt die Besuchsdiplomatie weiter auch als Teil der neuen Normalität. Zur Zeit geben sich die Congress Delegationen in Taipeh die Klinken in die Hand, und auch das Europäische Parlament zeigt Flagge. Nachdem seine Vize-Präsidentin Nicola Beer im Juli ihren Besuch in Taipeh als „Akt der Abschreckung“ bezeichnet hatte, sind nun weitere Reisen durch Mitglieder des Parlaments in Aussicht. Das Gleiche gilt für Mitglieder des deutschen Bundestags. Jeder „Abschreckung“ wird der nächste Schreck folgen!

Von besonderer Relevanz ist:

- Der Besuch Nancy Pelosis fand zu einem Zeitpunkt statt, da der Senat eigentlich die neue Taiwan Policy Act (2022) hätte diskutieren und verabschieden sollen. Die Beschlussfassung wurde vertagt, angeblich weil der Bestätigung des NATO-Eintritts von Schweden und Finnland eine höhere Priorität eingeräumt wurde. Der Entwurf der Taiwan Policy Act wurde dem Congress am 16.6.2022 vorgelegt und dem Committee on Foreign Relations zur Diskussion weitergeleitet. Die Initiative der Legislative zur Taiwanpolitik der USA beinhaltet nicht nur die Forderung nach finanzieller Unterstützung von Waffenkäufen Taiwans in

Höhe von USD 4,5 Milliarden, sondern bezeichnet Taiwan auch als „Major Non-NATO Ally“. Die Gesetzesinitiative verlangt von der Washingtoner Regierung, dass sie sich Reiseverboten offizieller Vertreter der US-Regierung nach Taiwan widersetzt und bei Beibehaltung der bisherigen Abkommen mit der VR China als Bezeichnung der Vertretung Taiwans in den USA in Zukunft den Namen „Taiwan Representative Office“ zulässt. Der Direktor des Amerika Instituts in Taipeh soll in Zukunft als „Vertreter“ (representative) der USA geführt werden.

- Am Tage des Abschlusses der „Militärübungen“ der VBA wurde in Peking das Weißbuch zu Taiwan veröffentlicht, das nach Kenntnis informierter Kreise bereits seit Monaten fertiggestellt war und auf einen öffentlichkeitswirksamen Veröffentlichungszeitpunkt wartete. In diesem „Weißbuch zur Taiwanfrage und zur Bedeutung der Vereinigung des Vaterlands in der neuen Epoche“ heißt es: „Wir sind näher als in jedem früheren historischen Zeitfenster an unserem Ziel, das Vaterland zu vereinen, und haben mehr Selbstvertrauen und Kapazität, dieses Ziel zu erreichen“. Im Gegensatz zu früher, da vergleichbare Veröffentlichungen immer unterstrichen, dass keine Soldaten auf die Insel geschickt würden, ist diese Selbstverpflichtung nun nicht mehr im Text zu finden. Im Gegensatz dazu findet sich die Formulierung, dass man den Einsatz von Soldaten als letzte Möglichkeit, Taiwan „zurückzuholen“, vorsehe. „Wir werden in einer Situation, da sich keine andere Möglichkeit auftut, Waffen als letztmögliches Mittel einsetzen. Als Reaktion auf Provokationen seitens der Separatisten und externer Kräfte werden wir uns zu strikten Maßnahmen gezwungen sehen, wenn diese unsere rote Linie überschreiten.“ Auch die Selbstverpflichtung, keine Beamten nach Taiwan zu schicken, um die „Provinz“ zu regieren, scheint nicht wie in den 1993 und 2000 veröffentlichten Weißbüchern auf. Die Formel „ein Land –

zwei Systeme“, ursprünglich von Peking für Hongkong und Taiwan erdacht, ist damit auf beiden Seiten der Taiwanstraße offensichtlich obsolet geworden. Dennoch wird die Formulierung wiederholt „Die friedliche Vereinigung mit Taiwan und das Festhalten an ‚ein Land – zwei Systeme‘ ist die grundlegende politische Leitlinie“ für die Lösung der Taiwanfrage. Indirekt wird für den Politikwechsel der Grund angegeben, dass von außerhalb der Region kommende Kräfte die Bewegung zur Unabhängigkeit Taiwans anheizen. Diese Formulierung kennen wir aus dem Zusammenhang der Protestbewegungen in Hongkong, wo auch begründet wurde, dass ein verschärftes Vorgehen Pekings vor Ort der ausländischen Einflussnahme geschuldet sei. Überhaupt ist bemerkbar, dass die offiziellen Medien in der VR China ihre scharfe Kritik hauptsächlich auf die Bewegung zur Unabhängigkeit Taiwans, kurz Taidu genannt, und auf die derzeitige Präsidentin Tsai Ing-wen konzentrieren. Dieser wird vorgeworfen, den Besuch Pelosis von langer Hand über die Vertreterin Taiwans in Washington Bi-khim Hsiao, eine enge Vertraute der Präsidentin mit familiären Verbindungen zu den USA, vorbereitet zu haben.

- Dabei hat sich Präsidentin Tsai seit Amtsantritt im Jahr 2016 trotz ihres allseits bekannten Einstehens für die Unabhängigkeit Taiwans stets sehr besonnen verhalten. Auch während des Besuchs von Nancy Pelosi hat sie sich mit öffentlichen Bemerkungen zurückgehalten und ist nicht zusammen mit Pelosi auf der offiziellen Pressekonferenz erschienen. Doch hat Tsai immer wieder deutlich gemacht, dass sie Taiwan eng an der Seite der USA sieht und in enger Abstimmung mit den USA versucht, den Spielraum für Taiwan Schritt für Schritt zu vergrößern. In ihrer Rede aus Anlass des Nationalfeiertags am 10. Oktober 2021 erklärte sie zwar, sie hoffe auf eine Entspannung entlang der Taiwanstraße, betonte jedoch, man würde sich von Peking nicht in die Knie zwingen lassen

und dementsprechend Verteidigungsanstrengungen verstärken, um sich gegen die zunehmende militärische Bedrohung zur Wehr setzen zu können. Den Politikvorschlag, die Vereinigung Taiwans unter dem Stichwort „ein Land – zwei Systeme“ zu vollziehen, hat sie seit den Ereignissen in Hongkong stets öffentlich abgelehnt, den 1992 gefundenen Konsens zwischen der VR China und Taiwan aufgekündigt. Noch weitergehend ist aber, dass unter Tsais Präsidentschaft eine neue historische Ableitung des Status von Taiwan vorgenommen und im März 2021 durch das Mainland Affairs Council of the Republic of China veröffentlicht wurde. Die Selbstbezeichnung lautet nun „Republik China, Taiwan“. Zur Begründung heißt es: „Die Republik China ist ein souveräner Staat, Taiwan hat nie zur Volksrepublik China gehört. Und auch in Zukunft wird Taiwan nicht zur Volksrepublik China gehören. Nur die 23 Mill. Taiwanesen haben das Recht, sich über die Zukunft Taiwans zu äußern und darüber zu entscheiden.“ Offiziell wird nun das Außenministerium als „Außenministerium der Republik China, Taiwan“ bezeichnet.

- Historisch ist diese neue Bezeichnung insofern von Bedeutung, als dass sie den Bezug auf die 1912 gegründete Republik China, welche die letzte Dynastie auf dem chinesischen Festland ersetzte, relativiert. Es wird insinuiert, dass die Republik China mit Taiwan ihr neues Territorium gefunden habe und somit Taiwan, wiewohl durch die Konferenz von Kairo 1943 mit alliierter Absicht an die Republik China als Teil der Nachkriegsordnung für Ostasien zurückgegeben, nie zur 1949 gegründeten Volksrepublik China gehört habe. Im Gegensatz zu der ab 1949 Taiwan regierenden Guomindang unter Tschiang Kaishek beansprucht die Republik China unter ihrer Präsidentin Tsai Ing-wen, welche der Democratic Progressive Party (Minjindang) angehört, jetzt also nicht mehr, die einzige rechtmäßige Vertreterin

des chinesischen Volkes zu sein und eines Tages die Vereinigung der Insel mit dem Festland von Taiwan aus vorzunehmen. Tsai zielt auf eine „Zwei-Staaten-Lösung“ nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

So sehe ich das:

- Die Spannungen in der Taiwanstraße haben ein neues und höchst bedrohliches Niveau erreicht. Die Führung der VR China hat mit den Militärübungen aller Welt, und in erster Linie Taiwan und den USA, deutlich gemacht, über welche militärischen Möglichkeiten sie verfügt. Sie hat verbal unterstrichen, dass sie sich nicht von den USA diktieren lässt, zu welchem Zeitpunkt sie welche Mittel einsetzt (und hat damit indirekt gezeigt, welche Lehren sie aus dem Krieg in der Ukraine zieht). Aber sie hat auch deutlich gemacht, dass die Verabschiedung der Taiwan Policy Act in der bisherigen Formulierung als Überschreitung einer seit langer Zeit von Peking als rot markierten Linie beinhaltet. Ein Wissenschaftler von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften machte dies kürzlich in einem Interview mit South China Morning Post sehr deutlich: Die in dieser Gesetzesvorlage enthaltenen Maßnahmen werden von China als Aufgabe der Ein-China-Politik betrachtet und kommen einer de facto Anerkennung der Souveränität Taiwans gleich. Das aber hat Peking seit jeher als rote Linie definiert.
- Taiwan ist der Ort in Ostasien, an dem die beiden Weltmächte USA und VR China ihre Kräfte messen. In den offiziellen chinesischen Medien spricht man in den letzten Tagen immer wieder davon, dass die Militärübungen mit größter Transparenz durchgeführt wurden. Offensichtlich wurde der Versuch unternommen, durch Aufbringung aller militärischer Mittel die Gegenseite von einem nächsten Eskalationsschritt

abzuschrecken. Ob die Führung in den USA sich abschrecken lassen, werden wir in der womöglich nahen Zukunft besser wissen, denn bisher hält man sich bedeckt und beantwortet die militärische mit einer politischen Offensive, in der bis hin zu Frau Außenministerin Baerböck als Sprecherin der G7 Außenminister alle Alliierten und Freunde erneut ihre Loyalität mit den USA unter Beweis stellen müssen. Der Fehler, nicht genau hinzuhören und zu lesen, was die andere Seite verlautbart, sollte im Falle Taiwans keinesfalls wieder gemacht werden.

- Anstelle den Konflikt um Taiwan durch Eskalation aller Beteiligten immer weiter auf die Spitze zu treiben, sollte man nach einem dritten Weg suchen, der das Ziel hat, den Krieg zu vermeiden. Derzeit sind die Lehren aus dem 1. und dem 2. Weltkrieg in aller Munde: Weder sollte man wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolpern, noch sollte man denken, ihn durch appeasement verhindern zu können. Dabei bleiben zwei Varianten unberücksichtigt: Erstens kann man im Zuge der Verschärfung von Spannungen, also im Vollzug einer Anti-Appeasement-Politik, unversehens in einen Krieg hineinstolpern; und zweitens gilt es auch, an die Erfahrungen des Kalten Kriegs anzuknüpfen, in dem manche Verhandlung zu vernünftigen Entscheidungen im Sinne der Vermeidung von Krieg geführt haben. Das herausragende Beispiel dafür ist die Kuba-Krise.
- Eine Verhandlungslösung müsste eine neue Normalität in den Beziehungen zwischen den VR China, den USA und Taiwan definieren, so wie der Taiwan Policy Act von 1979 ihrerseits den Rahmen für die sino-amerikanischen Beziehungen und den Status der Taiwanfrage definierte. Die USA werden dabei Federn lassen müssen, denn die jüngste Krise zeigt, dass die VR China gegenüber 1979 deutlich an militärischer Stärke gewonnen hat. Die VR China wird ihrerseits aber auch einsehen müssen, dass sie mit keinem

Recht der Bevölkerung von Taiwan ihr politisches System aufzwingen kann und darf. Die Bevölkerung von Taiwan lebt seit Jahrzehnten mit der Bedrohung durch einen möglichen Krieg. Sie hat gelernt, mit diesem Risiko zu leben, was nicht bedeutet, dass sie das Risiko geringschätzt und womöglich den Krieg herbeisehnt. Im Gegenteil: Die Mehrheit der Menschen in Taiwan hoffen bei aller gewachsenen Bereitschaft, die Insel zu verteidigen (auch das eine Lehre aus dem Ukrainekrieg), auf Bewahrung des Status Quo. Diesen Wunsch sollten wir ernstnehmen.

- Europa sollte nicht Öl ins Feuer gießen, sondern sich dafür einsetzen, dass der Konflikt regionalisiert wird. Nur so kann verhindert werden, dass die Konflikte in Europa und Ostasien durch die indirekte oder gar direkte Beteiligung der USA in beiden Fällen globale Dimensionen annehmen und Russland im Verbund mit China militärisch gegen die USA und ihre Verbündeten vorgehen. Würden sich anstelle dessen die USA darauf einlassen, sich aus der Taiwanstraße zu verabschieden und anstelle dessen regionale Mächte wie Australien, Japan und Südkorea für Taiwans Sicherheit eintreten, wäre ein wichtiger Schritt in Richtung auf die Errichtung einer Pufferzone zwischen den USA und der VR China in Ostasien gemacht. Die Gefahr des Ausbruchs eines 3. Weltkriegs würde dadurch vermindert.